

**Rede anlässlich der Beschlussfassung über den Haushalt 2018
im Rat der Stadt Herten – 28. November 2018**

Martina Ruhardt, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

in den letzten Jahren stand ganz besonders ein Symbol im Zentrum unserer Debatten. Und das war **DIE NULL** ! Deshalb möchte ich ihr in meiner diesjährigen HH-Rede einen besonderen Stellenwert geben.

Die Null ist keine normale Zahl, wie die anderen. Denn sie steht bis heute für das Nichts, vor dem die griechischen Philosophen und Mathematiker um 500 vor Christus Angst hatten und das sie nicht zuließen.

Noch dem christlichen Mittelalter galt die Null als gottlos und als Zeichen des Teufels. Und die Maya sahen in ihr gar das Symbol des Todesgottes ...

Und wenn wir verfolgen, wie die alles bestimmende „**Schwarze Null**“ erreicht werden soll, dann verspüren wir sie auch: Die Angst unserer Vorfahren vor dem Untergang des Gemeinwesens.

Aber das finanzielle Damokles Schwert, das über unserer Stadt schwebt, hat uns auch in diesem Jahr noch einmal verschont. Allerdings fühlt man sich doch mehr und mehr an den Hollywood-Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“ erinnert.

Es ist so, als hängen auch wir in einer sich jährlich wiederholenden Zeitschleife fest. Nur werden wir leider nicht – wie der Hauptdarsteller des Filmes - erlöst. Da können sich die Koalitionen auf Landes- und Bundesebene ändern wie sie wollen.

Und deshalb müssen wir wahre Kunststücke vollbringen, um irgendwie doch noch das politische Glaubensbekenntnis der „**Schwarzen Null**“ weiterbeten zu können.

Im letzten Haushalt ging es um die neu eingeführte Sondernutzungsgebühr. Sie macht es Händlern noch schwerer, unserer vor sich hinsiehenden Innenstadt ein wenig mehr Leben einzuhauchen und gehört deshalb völlig zurecht wieder abgeschafft.

Aber mit der Gewässerunterhaltungsgebühr steht schon das nächste Instrument bereit, weitere Einnahmen zu generieren. Denn nach den gesetzlichen Bestimmungen des Landes NRW liegen hier bald alle Grundstücke am Wasser! Klingt erst mal toll, is' es aber nicht. Denn die Kommune kann den Kostenaufwand der Unterhaltungsmaßnahmen an Flüssen und Bächen auf alle Grundstückseigentümer umlegen. Sie KANN es, muss es aber nicht.

Denn wenn etwas allen Menschen gleichermaßen dient, sollte es wie bisher aus dem allgemeinen Haushalt finanziert werden. Es ist zu prüfen, inwieweit der Verwaltung überhaupt schon ein belastbarer Datenbestand für die versiegelten und unversiegelten Flächen im gesamten Gemeindegebiet vorliegt, damit verursachergerecht und zugleich rechtmäßig abgerechnet werden kann und kein neuer Verwaltungsaufwand die Kosten noch höher treibt.

Andere Maßnahmen aus dem laufenden Haushaltsjahr zeigen nun schon nach wenigen Monaten ihrer Existenz, dass sie eben nicht langfristig wirksame Mittel gegen den Schuldenabbau sind. Nehmen wir die Aufspaltung des Zentralen Betriebshofs in nun HIB und ZBH neu und die dadurch vollzogene Neubewertung des Anlagevermögens - was finanztechnisch auch als „**Stunde Null**“ bezeichnet wird. Es konnte zwar Zeit gewonnen werden - die strukturelle Unterfinanzierung dieser Bereiche wurde damit aber noch keineswegs gelöst.

Es ist daher dringend geboten, zwischen den städteeigenen Betrieben und der Kernverwaltung eine transparente und auskömmliche Finanzierung zu erarbeiten, damit wir nicht in wenigen Jahren erneut vor einem riesigen Schuldenberg stehen.

Was wir allerdings in diesem Zusammenhang nicht mittragen werden, ist die Privatisierung von Dienstleistungen zur Verminderung der Ausgaben. Denn diese Maßnahmen treffen zum einen immer direkt die Mitarbeiterschaft, die dann dieselbe Dienstleistung zu schlechteren Arbeits- und Lohnbedingungen leisten muss und zum anderen höhlen sie die kommunale Daseinsvorsorge weiter aus.

Es ist aber ausdrücklich Aufgabe der Kommune, für gute und auskömmliche Arbeit zu sorgen und nicht durch die Auslagerung von Dienstleistungen weitere prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu fördern und davon auch noch zu profitieren.

Es ist doch nicht zu übersehen, dass in allen Bereichen mittlerweile ein großer Personalmangel herrscht. Dies führt dann auch zu der paradoxen Situation, dass die vielen Fördergelder, die derzeit von Land und Bund bereitgestellt werden, kaum abgerufen und verplant werden können. So stehen dringende Investitionen im Bereich der Kinderbetreuung und der Schulsanierungen und -ausbauten an und sie müssen warten, weil im HIB Personal fehlt.

Dabei spielt die Zeit gegen uns, was das Abrufen der Gelder anbelangt. Die Preise gehen wegen der hohen Nachfrage durch die Decke, und die guten und verlässlichen Firmen sind schon für die nächsten Jahre ausgebucht. Letztlich droht sogar der Verfall von Fördergeldern!

Spätestens hier ist doch hier die ganze Absurdität der **Schwarzen-Null-Politik** erkennbar!

Damit unsere Kommune handlungsfähig bleibt und zu einer modernen und effizienten Verwaltung ausgebaut werden kann, brauchen wir dringend mehr Personal und die Sicherstellung des Wissenstransfers bevor Führungskräfte in den Ruhestand gehen.

Zudem ist, nach der Implementierung des viersäuligen Dezernentenmodells immer noch nicht gelungen, das Vakuum der nun abgängigen Fachbereiche zu füllen. Schnittstellen zwischen strategischen und operativen Arbeitsbereichen fehlen, zukünftige Koordinierungsprobleme sind damit

vorgezeichnet. Warum es nicht gelang, innerhalb eines Jahres hier ein tragfähiges Personalkonzept vorzulegen, verstehen wir nicht.

Im Würgegriff der „**Schwarzen Null**“ kommt es zudem auch in unserer Stadt zunehmend zu so genannten öffentlich-privaten-Partnerschaften. Da die Kommunen selbst kaum mehr Möglichkeiten haben, dringende Investitionen zu tätigen, springen gern vermögende Menschen und Unternehmen ein.

Ein prominentes Beispiel dafür war die Entscheidung, das Jobcenter doch nicht selbst zu bauen, sondern lieber dem privaten Investor auf dem Grundstück des Forums den Auftrag zu geben. Die Mieteinnahmen der Kreisverwaltung für die Büros werden also zukünftig als sichere Rendite auf ein privates Bankkonto eingehen. Kurzfristig mag die Entscheidung, den Neubau nicht selbst zu bauen, vernünftig erscheinen. Aber schon bald werden die fehlenden Mieterträge das nächste große finanzielle Loch in unseren Haushalt reißen

Besonders tragisch ist es, wenn Kinder und Jugendliche von unzureichenden Investitionsmaßnahmen betroffen sind und ihnen damit gleich von Anfang an die Zukunft verbaut wird.

Und damit sind wir bei einer weiteren neuen Wortschöpfung, in der die Null eine große Rolle spielt: Der so genannten „**Phase Null**“.

Der Begriff wurde uns geradezu als Wunderwaffe in Bezug auf Planungen von Bauvorhaben präsentiert. Da diese Leistungsphase jedoch gar nicht genau definiert ist, kann jeder darunter verstehen, was er gern möchte: Öffentliche Bauherren eine gute und professionelle Beratung im Vorfeld eines Projektes, Planungsbüros eine durchdachte und klare Aufgabenstellung, die sich möglichst nicht mehr mehrfach ändert und Bürgerinnen und Bürger einen gut gesteuerten und moderierten Beteiligungsprozess.

Und damit wird klar, dass so eine unscharfe Beschreibung wie die der „**Phase Null**“ zu unterschiedlichen Erwartungen und damit zu Konflikten führen muss.

Im übertragenen Sinne befinden wir uns leider seit vielen Jahren in dieser Stadt in einer „**Phase Null**“, was die Weiterentwicklung der Schullandschaft sowie den Ausbau der Kinderbetreuung angeht. Arbeitsgruppen und Lenkungskreise drehen sich um sich selbst ohne Ergebnisse. Das hat dazu geführt, dass wir nun vor der Vollkatastrophe von über 480 fehlenden Kitaplätzen stehen!

Und diese Katastrophe führt dann wieder dazu, dass diese Probleme nun auch noch auf den großen Haufen ungelöster Probleme im Grundschulbereich kommen: Zu wenig geeignete Unterrichtsräume, dramatischer Platzmangel im Bereich der OGS sowie ein genereller riesiger Sanierungsstau der Gebäude.

In der „**Phase Null**“ befinden wir uns auch weiterhin mit unserer Stadtplanung:

Null Entwicklung auf dem Gelände des Herten-Forums und in der Fußgängerzone. Null Nachhaltigkeit und Null Impulse für eine funktionierende Innenstadt.

Die politische Verantwortung für den Stillstand und den damit verbundenen Substanzverlust unserer Kommune trägt seit vielen Jahren vor allem die SPD-Mehrheitsfraktion.

Für ihre Verhaltensstarre insbesondere im Bereich der Stadtentwicklung und der Bildungspolitik ist die „**Phase Null**“ geradezu ein Geschenk, suggeriert sie doch, es gäbe eine Planung und ein Ziel. Doch nichts davon ist seit Jahren bei ihr erkennbar!

Alle ungelösten Probleme führen aber letztlich auch dazu, dass es in unserer Stadt eine immer größere soziale Schieflage gibt.

Denn wenn die Fundamente des Sozialstaates, die auf Solidaritätsbereitschaft, Gerechtigkeitssinn und Gemeinwohlorientierung gebaut sind, scheinbar nicht mehr stabil genug für alle sind, nehmen Verteilungskonflikte zu und der Gemeinsinn ab.

Wir erleben, dass aus Politikverdrossenheit, dem Vertrauensverlust in die Demokratie und dem Alltagsfrust vieler Menschen eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bis hin zu offenem Rassismus entsteht!

Um diese gefährliche Entwicklung wieder stoppen zu können, sind zwei Dinge nötig: Erstens – und damit bin ich beim letzten und wichtigsten Begriff in Sachen „Null“:

Es darf **Null Toleranz** für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geben.

Und zweitens müssen die vorherrschenden neoliberalen Denk- und Handlungsmuster auf allen politischen Ebenen überwunden werden, damit das Vertrauen in die Demokratie wiederhergestellt und die kommunale Daseinsvorsorge wieder gestärkt wird.

Da dieser Politikwechsel leider auch in dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht erkennbar ist, lehnen wir ihn auch in diesem Jahr ab!